

Geschäftsführung
BV Vohwinkel

Es informiert Sie	Stefanie Frings
Telefon	+49 202 563 7793
Fax	
E-Mail	stefanie.frings@stadt.wuppertal.de
Datum	17.11.21

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Vohwinkel (SI/1496/21) am 10.11.2021

Anwesend sind:

von der SPD

Herr Nils Emde, Herr Heiner Fragemann, Frau Sinem Geygel, Herr Andreas Schäfer,

von der CDU

Herr Henrik Gurke, Herr Carsten Heß, Herr Dr. Stephan Terhorst,

von der FDP

Herr Georg Schroeder,

von DIE LINKE

Herr Georg Dieker-Brennecke,

von den Lokalpatrioten

Herr Wolf Garweg,

von den Freien Wählern/WfW

Herr Bernd Kleinschmidt,

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Alex Lüttgen, Frau Sandra Lüttgen, Frau Barbara Margarete Naguib,

Stadtverordnete als beratende Mitglieder

Herr Eckhard Klessner, Frau Gisela Neuland-Kreuz,

als Vertretung des Oberbürgermeisters

Herr Michael Neumann,

Nicht anwesend, entschuldigt, sind:

von der SPD

Herr Georg Brodmann,

Schritfführer / in:

Jasmin Enkhardt

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Herr Diecker-Brennecke gibt zu Protokoll, dass er die Bürgeranhörung vermisst und kritisiert die Terminierung der Veröffentlichungen zur BUGA-Bewerbung.

I. Öffentlicher Teil

1 **Berichterstattung der Verwaltung zur Durchführung der Bundesgartenschau 2031**

Herr Gehrke berichtet ausführlich über die mögliche Bewerbung zur Bundesgartenschau 2031. Hierbei handelt es sich noch nicht um eine konkrete Planung, sondern lediglich um eine Machbarkeitsstudie.

Frau Berendes erläutert das Bewerbungsverfahren und einen groben Zeitplan zum Vertragsabschluss.

1.1 **Berichterstattung der Verwaltung zur Bundesgartenschau 2031 und ihre Auswirkungen für den Bezirk Vohwinkel**

Alle Aspekte wurden unter der bereits erfolgten Berichterstattung abgehandelt.

1.2 **Bewerbung um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031 (BUGA 2031) Vorlage: VO/1500/21**

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 10.11.2021:

Die Bezirksvertretung empfiehlt, wie folgt (ungeändert) zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Bewerbung für die Durchführung einer Bundesgartenschau im Jahr 2031 im Bewusstsein der großen Chancen für die Stadtentwicklung einerseits und im Bewusstsein der finanziellen Belastungen und Risiken für den städtischen Haushalt andererseits.
2. Grundlage der Bewerbung ist die aktualisierte Machbarkeitsstudie des Büro RMP Stephan Lenzen LA.
3. Die Stadt stellt für den Aufbau der Projektstrukturen und für erforderliche vorbereitende Planungsleistungen jeweils 1,5 Mio. € in den Jahren 2022 bis 2025 im Haushalt bereit. Für diese und die Folgejahre werden die erforderlichen Finanzmittel mit maximaler Unterstützung privaten Kapitals abgebildet. Dadurch nicht gedeckte Beträge sind durch Umschichtungen im Haushalt gegen zu finanzieren. Die Umsetzung ist Gegenstand der Haushaltsverhandlungen in enger Kopplung mit den Verhandlungen mit den privaten Fördergebern.
4. Der Stadtrat begrüßt das große bürgerschaftliche Engagement, mit dem privates Kapital aus Wirtschaft und Gesellschaft zur Finanzierung der Kosten und zur Abdeckung möglicher Risiken gewonnen werden soll. Da die Stadt Veranstalter der Bundesgartenschau sein wird, trägt sie, ungeachtet des zu akquirierenden und teilweise schon konkret in Aussicht gestellten privaten Kapitals, das finanzielle Risiko für die Investitionen und die Durchführung der Bundesgartenschau.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zur Bewerbung für die Ausrichtung einer Bundesgartenschau eine Projektstruktur zur Planung und Durchführung einer Bundesgartenschau vorzubereiten und dem Rat im Falle eines positiven Votums durch die Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 3 Gegenstimmen (CDU, DIE LINKE, WfW) und 1 Enthaltung (Lokalpatrioten)

**1.2.1 Bewerbung um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031 (BUGA 2031) - Beantwortung von Fragen der CDU-Fraktion
Vorlage: VO/1500/21/1-Erg.**

Die Bezirksvertretung nimmt die Antworten der Verwaltung ohne Beschluss entgegen.

**2 Antrag zur Sitzung der Bezirksvertretung am 18.8.2021 zur Befassung mit dem Thema Bundesgartenschau 2030 in Wuppertal und ihren Auswirkungen für den Bezirk Vohwinkel - Antrag DIE LINKE
Vorlage: VO/0938/21**

Dieser Antrag ist obsolet, aufgrund der erfolgten Berichterstattung.

**3 Antrag zur Sitzung der Bezirksvertretung am 10.11.2021 zur Befassung mit dem Thema Bundesgartenschau 2033 in Wuppertal und ihren Auswirkungen für den Bezirk Vohwinkel - Antrag DIE LINKE
Vorlage: VO/1552/21**

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 10.11.2021:

Der wie folgt lautende Antrag wird abgelehnt:
Die Bezirksvertretung Vohwinkel fordert die Mitglieder des Stadtrates auf, die für die nächste Sitzung des Stadtrates am 16.11.2021 geplante Abstimmung über die Bewerbung der Stadt Wuppertal für die Ausrichtung der Bundesgartenschau zu 2033 verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 1 Gegenstimme (DIE LINKE) und 2 Enthaltungen (CDU/WfW)

**4 Antrag zur Sitzung der Bezirksvertretung am 10.11.2021
Ratsbürgerentscheid BUGA 2031 - Antrag DIE LINKE
Vorlage: VO/1583/21**

Beschluss der Bezirksvertretung Vohwinkel vom 10.11.2021:

Die Bezirksvertretung lehnt den folgenden Beschluss ab:

Die Bezirksvertretung Vohwinkel möge beschließen:
1. Der Rat der Stadt Wuppertal möge die Verwaltung bitten, vor einer Entscheidung über die Bewerbung der Stadt Wuppertal um die Bundesgartenschau 2031 eine Abstimmung in Form eines Ratsbürgerentscheides gemäß § 26 GO NRW durchzuführen.
2. Die Verwaltung wird nach Vorliegen aller für eine abschließende Entscheidung notwendigen Informationen die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Weise informieren und auf das Verfahren vorbereiten und entsprechend einbinden.

3. Das Ergebnis der Abstimmung wird freiwillig als bindend für die Ratsmitglieder erachtet.

4. Die Abstimmung erfolgt zeitgleich zusammen mit der nächsten Landtagswahl am 26. Mai 2022.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 1 Gegenstimme (DIE LINKE)

Barbara Naguib
1. stellvertretende Bezirksbürgermeisterin

Jasmin Enkhardt
Schriftführerin